

Kreistag Uckermark 3. Wahlperiode

Antrag an den Kreistag

| | |
|------------|---|
| Datum | 16. März 2004 |
| Einreicher | Fraktionen der CDU, SPD, PDS, RdU, FDP, Bauernverband, B'90/Grüne im Kreistag Uckermark |
| Inhalt | Ärztmangel in der Uckermark |

Der Kreistag möge am 17.3.2004 beschließen:

Der Landrat und der Vorsitzende des Kreistages Uckermark werden beauftragt, entschieden und nachdrücklich bei allen Entscheidungsträgern und entsprechenden Behörden auf die Versorgungsprobleme in der hausärztlichen Betreuung in der Uckermark hinzuweisen und diese aufzufordern dazu beizutragen dem Ärztemangel entgegenzuwirken. Dabei sollte mit anderen Flächenkreisen kooperativ zusammen gearbeitet werden.

Begründung:

Im flächenmäßig sehr großen Landkreis Uckermark ist in absehbarer Zeit eine zunehmende Unterversorgung der hausärztlichen Betreuung zu erwarten. Angesichts der bereits unstrittig vorhandenen Überbelastung der im ländlichen Raum ansässigen Ärztinnen und Ärzte, der absehbaren Schließung von Arztpraxen, der derzeitigen Altersstruktur und der künftigen demographischen Entwicklung, muss bereits heute von einem Notstand in der medizinischen Versorgung in unserer Region gesprochen werden. Für die Patientinnen und Patienten bedeutet das unzumutbar lange Wartezeiten, lange Fahrwege und Fahrzeiten. Das Hausarztprinzip kann nicht bedarfsgerecht genutzt werden, da die Ärzte schlechten Rahmenbedingungen ausgesetzt sind.

Viele Gemeinden und Amtsbereiche bemühen sich bislang ergebnislos um die Neuansiedlung eines Arztes bzw. einer Ärztin. Schlechte Rahmenbedingungen, bürokratische Hürden, undurchsichtige und komplizierte Zahlungsmodalitäten, verzögerte Zahlungen und oftmals nicht eingehaltene Versprechungen (Umsatzgarantie) stehen baldigen Ansiedlungen im Wege.

Die unzureichende Vergütung treibt die Ärztinnen und Ärzte an den Rand des Existenzminimums. Die Vergütung muss den Verhältnissen im ländlichen Raum angepasst werden. Leistung muss sich lohnen und die Arbeit muss auskömmlich sein, wenn sich Niederlassungswillige die Uckermark als Wirkungsstätte aussuchen sollen.

Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Rechtsanspruch auf eine vernünftige und bedarfsgerechte medizinische Versorgung. Es müssen sehr bald wirksame Maßnahmen getroffen werden, um die bestehenden Probleme zu lösen.

Jens Koeppen
Fraktionsvorsitzender CDU

Hans-Chr. von Lentzke
Fraktionsvorsitzender SPD

Gerhard Rohne
Fraktionsvorsitzender PDS

Hans-Joachim Mengel
Fraktionsvorsitzender RdU

Gerd Regler
Fraktionsvorsitzender FDP

Martin Krause
Fraktionsvorsitzender BV

Roland Resch
Fraktionsvorsitzender Grüne